

Antrag /I/2024**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****„Nie Wieder!“ ist jetzt - jüdisches Leben schützen!**

1 Gewalt gegen Jüdinnen*Juden in Deutschland ist alltäg-
2 lich und allgegenwärtig. Ob auf der Straße, in der Schule,
3 in der Universität, zuhause oder auf Arbeit - Jüdinnen*Ju-
4 den werden immer wieder Opfer antisemitischer Über-
5 griffe und Verbrechen.

6
7 Dabei steigt die Zahl der Übergriffe und Verbrechen seit
8 2015 mit jedem Jahr an. Verzeichnete das Bundeskrimi-
9 nalamt im Jahr 2021 noch knapp 3.000 antisemitische
10 Delikte, waren es im Jahr 2022 schon 3.500 Delikte. Seit
11 dem 07. Oktober 2023 erreicht die Bedrohungslage für
12 Jüdinnen*Juden ein neues Maß und die Lage verschlim-
13 mert sich drastisch. Allein von Anfang Oktober bis An-
14 fang November dokumentierte der Bundesverband der
15 Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V.
16 (kurz: RIAS) 994 antisemitische Delikte. Im gleichen Zeit-
17 raum erfasste der Bundesverband RIAS allein 177 antise-
18 mitische Versammlungen. Der Abschlussbericht des Bun-
19 desverbands RIAS zeichnet ein furchtbares Bild.

20
21 So berichten Jüdinnen*Juden vermehrt von antisemiti-
22 schen Vorfällen an Orten ihres Alltags: in der Nachbar-
23 schaft, an ihrem Arbeitsplatz oder an Hochschulen - nir-
24 gends sind sie sicher. Allein 59 Vorfälle im direkten Wohn-
25 umfeld musste der Bundesverband RIAS verzeichnen -
26 so drangen zum Beispiel zwei Männer gewaltsam in die
27 Wohnung eines Israelis ein, um eine aus dem Fenster ge-
28 hängte Israelflagge zu entfernen.

29
30 Auch an Hochschulen - nicht zuletzt an der Freien Uni-
31 versität in Berlin - kommt es vermehrt zu antisemiti-
32 schen Schmierereien und Versammlungen. So werden Jü-
33 dinnen*Juden für das Verhalten Israels verantwortlich ge-
34 macht, antisemitische Hetzschriften verteilt, der Krieg in
35 Gaza auf antisemitische und verharmlosende Art und
36 Weise mit der Shoah gleichgesetzt und jüdische Studie-
37 rende öffentlich antisemitisch markiert.

38
39 Mit Blick auf die Zunahme der antisemitischen Vorfälle
40 und Gewalttaten zeichnet der Antisemitismusbeauftrag-
41 te der Bundesregierung ein verheerendes Bild und spricht
42 von geringer Solidarität mit jüdischen Gemeinschaften,
43 mangelnder Empathie und drastischen Auswirkungen für
44 Jüdinnen*Juden in Deutschland - ganz gleich ob es sich da-
45 bei um einen versuchten Brandanschlag auf eine Synago-
46 ge in Berlin, antisemitische Schmierereien an Hauswän-
47 den, Drohungen gegenüber jüdischen Einrichtungen und

48 Schulen oder Gewaltangriffe gegenüber Jüdinnen*Juden
49 handelt.

50

51 **Schutz von jüdischen Einrichtungen jetzt!**

52 Und bei Betrachtung dieser alltäglichen und allgegenwärtigen
53 Bedrohung, dieser immer wiederkehrenden Gewalt
54 wird neben einem eklatanten gesellschaftlichen Versagen
55 auch ein Versagen des Staates offenbar, der nicht in der
56 Lage ist, jüdisches Leben zu schützen.

57

58 So muss man sich vor Augen führen, dass jüdische Ge-
59 meinden weitestgehend allein für den Schutz von Synago-
60 gen und Bildungseinrichtungen verantwortlich sind. Des-
61 sen bewusst ist sich kaum jemand - Friedrich Merz reagier-
62 te erstaunt beim Besuch des jüdischen Gymnasiums in
63 Berlin, dass die Schule einen sehr großen Zaun um sich ha-
64 be, für die Schüler*innen ist dieser "große Zaun" jedoch
65 Alltag. In Gefährdungsanalysen werten Polizei und Lan-
66 deskriminalamt Gegebenheiten und Gefahrenlagen aus
67 und teilen den jüdischen Gemeinden dann mit, wo Sicher-
68 heitslücken liegen - für die Umsetzung und Finanzierung
69 von Sicherheitsmaßnahmen sind dann aber die Gemein-
70 den allein verantwortlich. Die Polizei zieht sich oft aus der
71 Verantwortung, beschränkt sich auf die Annahme „abs-
72 trakter“ Gefahren und lässt, wie sich beispielsweise zu-
73 letzt in Halle im Jahr 2019 an Yom Kippur gezeigt hat, Si-
74 cherheitslücken offen.

75

76 Klar muss aber sein, dass die Gefahrenabwehr hierbei eine
77 Kernaufgabe des Staates ist! Ob Synagoge, jüdische Schu-
78 le oder jüdische Bildungseinrichtung - der Staat muss alle
79 Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und zur Sicherung auf-
80 wenden, von Sicherheitsglas und Sicherheitstüren bis hin
81 zu Schutzpersonal, um Orte jüdischen Lebens zu schüt-
82 zen!

83

84 **Antisemit*innen raus aus unseren Sicherheitsbehörden!**

85 Und nicht überraschend ist, dass die Probleme in unse-
86 ren Sicherheitsbehörden noch über ein bloßes Wegsehen
87 hinausgehen. Nicht zuletzt die Enthüllungen des Satiri-
88 kers Jan Böhmermann, der Chatprotokolle von Polizist*in-
89 nen eines Frankfurter Polizeireviers veröffentlichte, zei-
90 gen, dass Antisemit*innen in unseren Sicherheitsbehör-
91 den sitzen.

92

93 Nichtsdestotrotz müssen sich Menschen, die auf den
94 Schutz des Staates und den Schutz der Polizei angewie-
95 sen sind, darauf verlassen können, dass diejenigen, vor de-
96 ren Angriffen und Gewalt sie beschützt werden müssen,
97 nicht auch noch in den Sicherheitsbehörden selbst sitzen.

98 Die Behördenleitungen müssen hier konsequent durch-
99 greifen und alle Maßnahmen ergreifen, um Antisemit*in-
100 nen aus dem Dienst zu entfernen und um antisemitische

101 Strukturen in den Behörden zu zerschlagen.

102

103 **Das Strafrecht reformieren!**

104 Auch das Strafrecht ist dahingehend reformbedürftig!

105 Während beispielsweise Tatmotive wie die „Habgier“ zu

106 einer enormen Strafschärfung führen können, sind Mo-

107 tive bezüglich gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

108 vergleichsweise vernachlässigt. Nach §46 II Strafgesetz-

109 buch sind solche Motive bei der Strafzumessung ledig-

110 lich „in Betracht“ zu ziehen. Deshalb verwundert es auch

111 nicht, dass in der Vergangenheit beispielsweise ein Brand-

112 anschlag auf eine Synagoge nur minimal bestraft wur-

113 de, da der zuständige Richter ein antisemitisches Tatmotiv

114 negierte.

115

116 Wenn Jüdinnen*Juden oder jüdische Einrichtungen aus

117 blankem Hass attackiert werden, dann muss das vor Ge-

118 richt klar benannt werden. Staatsanwaltschaften und Ge-

119 richte dürfen keinen Zweifel daran lassen, dass solche An-

120 griffe immer antisemitisch sind. Wenn in solchen Fällen,

121 wie schon geschehen, von „Israelkritik“ gesprochen wird,

122 bestätigen sie die Täter*innen noch zuletzt in ihrem Den-

123 ken und verleihen den Taten zu gewissen Grad Legitimat-

124 ion.

125

126 **Antisemitismusprävention unterstützen, fördern, aus-**

127 **bauen!**

128 Der Beratungsbedarf der Beratungsstelle bei antisemiti-

129 scher Gewalt und Diskriminierung OFEK e.V. hat sich seit

130 dem 07. Oktober 2023 verzehnfacht. Die hebräischspr-

131 achige Seelsorge „Matan“ verzeichnete im Oktober sieben-

132 mal so viele Anrufe wie im September. Der Bundesver-

133 band RIAS berichtet von einer enorm gestiegenen Anzahl

134 an Meldungen antisemitischer Delikte.

135

136 Und so wichtig wie die Arbeit dieser Einrichtungen, die

137 nicht nur ansprechbar sind und Menschen im Nach-

138 gang zu antisemitischen Übergriffen begleiten, sondern

139 auch essentielle Arbeit im Bereich der Aufzeichnung und

140 Sammlung von Vorfällen leisten, so sehr würde man doch

141 hoffen, dass diese finanziell und personell abgesichert

142 sind - mitnichten!

143

144 Erst im Oktober wandte sich zum Beispiel die Geschäfts-

145 führerin des OFEK e.V. mit einem Schreiben an die Frakti-

146 onsvorsitzenden im Berliner Abgeordnetenhaus und for-

147 derte unter anderem mehr Geld, um die Angebote auf-

148 rechterhalten zu können - ein für uns alarmierender Zu-

149 stand! Für uns ist klar: Jegliche Angebote und Stellen zur

150 Antisemitismusprävention, aber auch im Bereich der Be-

151 ratung, Begleitung und Berichterstattung müssen finanzi-

152 ell und personell so ausgestattet werden, dass ihre Arbeit

153 langfristig abgesichert ist!

154

155 Und schaut man sich die antisemitischen Vorfälle an, die
156 auch an Schulen verzeichnet werden, wird deutlich, dass
157 Antisemitismusprävention noch viel früher greifen muss!
158 Wir brauchen noch viel mehr pädagogische Angebote der
159 Antisemitismusprävention an Schulen, die über antisemi-
160 tische Parolen, Bewegungen und Gewalttaten aufklären
161 und wir brauchen Rahmenlehrpläne, die ein „Nie wieder!“
162 begreifbar und den damit einhergehenden Auftrag ver-
163 ständlich machen.

164

165 **Jüdinnen*Juden auf dem Campus schützen!**

166 Die Bilder, die uns von Hochschulen aus ganz Deutschland
167 erreichen, sind erschreckend! Veranstaltungen, in denen
168 die Shoah relativiert, zum Genozid aufgerufen oder der
169 Staat Israel und jüdische Studierende zum Ziel antisemi-
170 tischer Tiraden werden, jüdische Studierende, die davon
171 berichten, dass ihr Campus für sie zu einem Ort des Schre-
172 ckens geworden ist oder die Verbreitung antisemitischer
173 Hetzschriften - wir haben ein ernsthaftes Problem an un-
174 seren Hochschulen!

175

176 Eben dieses Klima der Angst, welches beispielsweise die
177 Präsidentin der Jüdischen Studierendenunion und Mit-
178 glied der Partei Bündnis 90 / Die Grünen Hanna Veiler
179 immer wieder beschreibt, ist erschreckend und offenbart
180 das Versagen der staatlichen Hochschulleitungen. Wir for-
181 dern: Kein Zögern bei antisemitischen Vorfällen, die kon-
182 sequente Anzeige antisemitischer Vorfälle, das Schaffen
183 von Schutz- und Vernetzungsräumen für jüdische Studie-
184 rende, keine Verallgemeinerungen in der Bewertung und
185 eine effektive, schnelle Durchsetzung des Hausrechts!

186

187 **Wir alle sind gefordert!**

188 „Nie Wieder“ ist jetzt! Hinsichtlich des grassierenden und
189 erstarkenden Antisemitismus bedeutet das: Wir alle sind
190 gefordert, uns schützend vor Jüdinnen*Juden zu stellen,
191 Antisemitismus klar zu widersprechen und uns selbst hin-
192 sichtlich antisemitischer Denkmuster und Pauschalisie-
193 rungen zu hinterfragen. Das ist der unverrückbare Schutz-
194 auftrag, den wir alle zu erfüllen haben. Denn aufgrund der
195 aktuellen Ereignisse dürfen wir auch unsere historische
196 Verantwortung zur Shoah nicht vergessen – „Nie wieder
197 ist jetzt“ heißt auch Erinnerungskultur.

198

199 Daher fordern wir:

- 200 • einen Ausbau der Sicherheitsmaßnahmen und Vor-
201 kehrungen für alle jüdischen Einrichtungen, ganz
202 gleich ob technischer oder personeller Art und die
203 komplette Finanzierung dieser durch den Staat
204 • ein konsequentes Durchgreifen gegenüber Antise-
205 mit*innen in den Sicherheitsbehörden und hierfür
206 notwendige Anpassungen des Disziplinarrechts, die

- 207 eine Entfernung aus dem Staatsdienst und eine Zer-
208 schlagung antisemitischer Strukturen ermöglichen
- 209 • ein Strafrecht, das antisemitische Gewalttaten und
210 Verbrechen als solche klar erkennt und ahndet, so-
211 wie eine konsequente Verfolgung antisemitischer
212 Straftaten, die keine Form der Diskriminierung, der
213 Übergriffe und der Hassrede duldet
 - 214 • den massiven Ausbau der finanziellen Unterstüt-
215 zung für / Finanzierung von Angeboten und In-
216 itiativen der Antisemitismusprävention, der Bera-
217 tung und der Aufnahme antisemitischer Vorfälle so-
218 wie zivilgesellschaftlicher Angebote jüdischer Ak-
219 teur*innen, Angebote des interreligiösen Dialogs
220 und des zivilgesellschaftlichen Austauschs
 - 221 • die Förderung und den Ausbau von Bildungspro-
222 grammen zur Sensibilisierung für und Aufklärung
223 über Antisemitismus in Schulen sowie Angeboten
224 des Jugendamtes und der offenen Kinder- und Ju-
225 gendarbeit.
 - 226 • die Schaffung von Vernetzungs- und Schutzräumen
227 für jüdische Studierende an allen Hochschulen so-
228 wie eine konsequente Durchsetzung des Hausrechts
229 im Falle antisemitischer Übergriffe an Hochschulen
- 230